Ratsfraktion Bündnis für Bürger

StPr'in/Obm/1.StR/StR/StBR/52/40/32/10.1

ab am 13.03.19

Bündnis für Bürger Postfach 1269 24531 Neumünster

An die
Stadtpräsidentin
Frau Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59
24534 Neumünster

0076/2018/AN

BfB Ratsfraktion Neumünster
Esther Hartmann
24539 Neumünster
Christianstraße 59
Postfach 1269

Neumünster, 09.03.2019

E.11.3.19
12.03.19

Prüfauftrag Streetworker

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

bitte setzen Sie folgenden Prüfauftrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 02.04.2019.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Hartmann und Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Einsatz von Streetworkern in Neumünster realisiert werden kann. Es soll dabei geprüft werden, wo in der Stadt Bedarf für den Einsatz von Streetworkern besteht, bei welchem Fachdienst Streetworker am Besten angesiedelt werden können und welche Anzahl an Streetworkern in Neumünster benötigt wird. Wir bitten, das Prüfergebnis bis zur Sommerpause vorzulegen und darzulegen wie das "Projekt Streetworker" schnellstmöglich umgesetzt werden kann.

Begründung:

Seit Herbst 2017, zuletzt am 30.11.2018, ist das Bündnis für Bürger mit diesem Thema befasst. Es wurden Gespräche mit Teilen der Verwaltung und der Polizei zum Thema Streetworker in Neumünster geführt, mit dem Ergebnis, dass ein Bedarf für Streetworker auch von Seiten unserer Gesprächspartner nicht auszuschließen war. Die Situation in der Stadt, vorwiegend in Renks Park, zunehmend aber auch hinter der Vicelinkirche eskaliert immer mehr, wie uns allen bekannt sein dürfte. Entsprechende Presseberichte häufen sich gerade in den letzten Wochen. Polizei und KOD haben zu Jugendlichen, die gewaltbereit sind oder sich nur schwer in die Gesellschaft integrieren können bzw. wollen nicht den Zugang, den Streetworker durch ihre aufsuchende Sozialarbeit haben. Damit ist aus Sicht des BfB der Einsatz von Streetworkern zur Deeskalierung der Situation eine erfolgsversprechende Option.

Beschluss:

Ratsfrau Hartmann bringt den Antrag ein und begründet ihn.
Sie erklärt, die im Sozial- und Gesundheitsausschuss einerseits und im Jugendhilfeausschuss andererseits beschlossenen Ergänzungen zu übernehmen.
Der Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 10.7 beigefügt.
Der Beschluss des Jugendhilfeausschusses ist der Niederschrift als Anlage 2 zu TOP 10.7 beigefügt.

Auf Hinweis von Ratsherrn Johna, der Beschluss aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss beinhalte auch, dass die Thematik im Kriminalpräventiven Rat behandelt würde, erläutert Frau Stadtpräsidentin Schättiger, der Kriminalpräventive Rat sei ein unabhängiges Gremium, man könne ihn lediglich bitten, sich mit dieser Thematik zu befassen. Ratsherr Johna bestätigt, das genau sei die Intention der Formulierung.

In Richtung der Ratsfraktion DIE LINKE regt Ratsfrau Hartmann an, den vorbereiteten Ergänzungsantrag für die Behandlung beim Runden Tisch für Toleranz und Demokratie vorzusehen.

Ratsherr Griese dankt für den Hinweis und teilt mit, die Ratsfraktion DIE LINKE würde den vorbereiteten Ergänzungsantrag nicht einbringen.

Sodann wird dem somit modifizierten Antrag einstimmig zugestimmt.